Juni 2007

08.06.2007, Lausitzer Rundschau

Gegner der Bahn-Pläne machen in Lübbenau mobil

Gründung einer Bürgerinitiative in Vorbereitung

„Während andere Mauern einreißen, wird in Lübbenau eine neue Mauer quer durch die Stadt aufgebaut" – mit diesen Worten beschrieb Uwe Pielenz (SPD), Vorsitzender des Bauausschusses, die Pläne zur Neuorganisation der Bahnübergänge in Lübbenau. Nur über öffentlichen Druck könne jetzt noch etwas bewegt werden. Pielenz setzt daher auf die Gründung einer Bürgerinitiative, die sich gegen einen noch schärferen Trennungsschnitt durch Lübbenau zur Wehr setzt.

VON KLAUS ALSCHNER

Bei der jüngsten Mitgliederversammlung des Verbandes der Handwerker und Gewerbetreibenden der Stadt Lübbenau in der Orangerie kündigte Pielenz eine große öffentliche Informationsveranstaltung an. Über die Pläne für die Bahnübergänge soll am Montag, 25. Juni, 18.30 Uhr, im Rathaus berichtet werden. Ziel sei es, die Bürger aufzurütteln und möglichst eine Bürgerinitiative ins Leben zu rufen.

Aktueller Auslöser für die Initiative war nach Pielenz' Worten das enttäuschende Ergebnis nach Übergabe eines offenen Briefes der Lübbenauer Stadtverordneten an Bahn und Land Brandenburg. Dabei sei deutlich geworden, dass bei der Neugestaltung der Bahnübergänge offensichtlich eine noch unbefriedigendere Lösung angestrebt werde als die von den Stadtverordneten beschlossene Minimalvariante. „Tunnel oder Brücke – diesen Ansatz wollen wir jetzt noch einmal versuchen", sagte Pielenz.

In dem offenen Brief hatten die Stadtverordneten ihre Sorge geäußert, dass selbst der als keineswegs ideal betrachtete Kompromiss ausgehöhlt werden soll. Er sieht vor, den Bahnübergang in der Straße des Friedens zu schließen. Der motorisierte Verkehr soll über Friedrich-Engels-Straße und einen Kreisverkehr und dann über die Berliner Straße in Richtung Altstadt geleitet werden. Für Fußgänger ist ein Tunnel vorgesehen (wir berichteten). Anlass für die Neugestaltung der Bahnübergänge ist die Installation eines so genannten Elektronischen Stellwerks durch die Bahn.

In Berlin waren Repräsentanten der Stadt Lübbenau jetzt mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Danckert, mit Konzernbeauftragten der Bahn für Berlin und Brandenburg und der DB-Netz AG sowie der Landesstraßenbauverwaltung zusammengetroffen. Bürgermeister Helmut Wenzel (parteilos) bezeichnete das Ergebnis als „ernüchternd". In Lübbenau sei man bisher fest davon ausgegangen, dass bei einer Schließung des Bahnübergangs Straße des Friedens die Berliner Straße, die dann den zusätzlichen Verkehr aufnehme, komplett ausgebaut werde. Dies sehe die Landesstraßenbauverwaltung offensichtlich anders. Wenzel: „Wenn aber davon Abstriche gemacht werden, ist das nicht mehr der Gegenstand unseres Stadtverordneten-Beschlusses". Wenzel sagte gegenüber der RUNDSCHAU, er habe den Eindruck, dass die jeweilige Sachbearbeiter-Ebene bei den beteiligten Baulastträgern innerhalb der Schranken ihrer Vorschriften tätig werde, aber ohne Blick auf das Gesamtproblem. Wenzel: „Da muss eine politische Entscheidung her." Wenzel begrüßte es, dass der Bundestagsabgeordnete Danckert und der SPD-Landtagsabgeordnete Werner-Siegwart Schippel ein weiteres Gespräch mit der Landesstraßenbauverwaltung und auch mit dem brandenburgischen Infrastrukturminister Reinhold Dellmann (SPD) suchen wollten.

Lausitzer Rundschau

Bahnfrust in Lübbenau
Die geplante Schließung eines Bahnübergangs in der Stadt durch die Bahn AG sorgt in Lübbenau (Oberspreewald-Lausitz) für Frust. Zuerst waren die Stadtverordneten mit einem offenen Brief an die Bahn und die Landesregierung abgeblitzt. Jetzt kündigte der Verband der Handwerker und Gewerbetreibenden die Gründung einer Bürgerinitiative an.

13.06.2007, Lausitzer Rundschau

Die Bahn-Misere von Lübbenau

Uwe Wolff aus Lübbenau äußert sich zum Artikel „Gegner der Bahn-Pläne machen in Lübbenau mobil“ vom 8. Juni:

In Lübbenau treffen die Zielstellungen eines Großkonzerns mit denen einer Kleinst[illegible] aufeinander. Doch während der „Große“ seine Ziele und Erwartungen von Anfang an klar und unmissverständlich formuliert, sind die des „Kleinen“ bis heute immer noch konzeptionslos, ziellos, planlos. Das Ergebnis ist die augenblickliche Misere.

Wenn man aber selbst keine eigenen Ziele und Prioritäten benennen kann und planlos agiert, darf sich auch ein Bürgermeister nicht wundern, wenn er von einem cleveren Kontrahenten aufs Kreuz gelegt wird. Großunternehmen arbeiten gewinnorientiert und funktionieren nun mal so.

Was aber war oder ist das eigene Konzept der Stadt für eine Verkehrslösung? Was hätte man als nicht verhandelbare Positionen der Stadt gegenüber der Bahn vertreten müssen? Wie konnte man sich auf den Kuhhandel-Stadtverordnetenbeschluss gegen Straßenausbau- ohne rechtsverbindliche Vereinbarung einlassen? Warum hat man Vorschläge von Fachleuten, wie die des Herrn Lieke, permanent ignoriert?

Viele Fragen ohne Antwort. Den Abgeordneten und der Stadtverwaltung sei in Abwandlung eines Kalenderspruches gesagt: „Wer gestern den Kopf in den Sand gesteckt hat, knirscht heute mit den Zähnen“. Ein offener Brief an Bahn und Land, die Gründung einer Bürgerinitiative, eine öffentliche Info-Veranstaltung – endlich sind Sie aufgewacht, vielleicht zu spät. Wenn Sie in 50 Jahren nicht als Schildbürger von Lübbenau in die Annalen eingehen wollen, sollten Sie den Stadtverordnetenbeschluss vom 15.12.2005 sofort annullieren und Ihre Minimalvariante in den Schredder werfen.

Sorgen Sie für eine Verkehrslösung, die den Anforderungen der heutigen Zeit entspricht und nicht ins vorige Jahrhundert zurückfällt und beherzigen Sie bei neuen Entscheidungen eine uralte Weisheit von Lao-tse : „Bevor du ein Werk beginnst, bedenke das Ende“.

16.06.2007, Lausitzer Rundschau

Thema Bahnübergänge wird neu aufgerollt

Bürgerinitiative in Vorbereitung

LÜBBENAU. „Lübbenauer Bahnübergänge – Zukunft verbaut? oder Verkehrslösung mit Zukunft!“ – unter diesem Titel steht eine Informationsveranstaltung im Sitzungssaal des Rathauses am Montag, 25. Juni, 18.30 Uhr. Dabei soll durch Bürgermeister Helmut Wenzel (parteilos) über den aktuellen Sachstand informiert werden. Anschließend ist eine Diskussion über Möglichkeiten und Ziele einer Bürgerinitiative vorgesehen. „Wir können nicht länger warten. Unterstützen auch Sie uns!“, heißt es in einem Aufruf zu der Veranstaltung. Der Anstoß, das Thema Bahnübergänge neu aufzugreifen, kommt von der Vorsitzenden der Lübbenauer Stadtverordnetenversammlung, Monika Blüher (SPD), dem Vorsitzenden des Bauausschusses, Uwe Pielenz (SPD) und der SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Carola Krahl. *(pm/ka)*

20.06.2007, Wochenkurier

Bahnübergänge werden diskutiert

LÜBBENAU. Unter dem Motto „Zukunft verbaut? oder Verkehrslösung mit Zukunft!“ lädt der SPD-Ortsverein Lübbenau am Montag, 25. Juni, zu einer Diskussionsrunde über die Bahnübergänge.
Ab 18.30 Uhr sollen im großen Sitzungssaal des Rathauses aktuelle Entwicklungen erörtert und Möglichkeiten einer Bürgerinitiative besprochen werden..

22.06.2007, Lausitzer Rundschau

Thema Bahnübergänge wird neu aufgerollt

Lübbenauer Bürgerinitiative wird vorbereitet

LÜBBENAU. „Lübbenauer Bahnübergänge – Zukunft verbaut? oder Verkehrslösung mit Zukunft!“ – unter diesem Titel steht eine Informationsveranstaltung im Sitzungssaal des Lübbenauer Rathauses am kommenden Montag, dem 25. Juni, um 18.30 Uhr.

An diesem Abend soll durch Bürgermeister Helmut Wenzel (parteilos) über den aktuellen Sachstand Bahnübergänge in der Spreewaldstadt informiert werden.

Anschließend ist unter den Gästen eine Diskussion über Möglichkeiten und Ziele einer Bürgerinitiative vorgesehen. „Wir können nicht länger warten. Unterstützen auch Sie uns!“, heißt es in einem Aufruf zu dieser Veranstaltung.

Der Anstoß, das umstrittene Thema Bahnübergänge erneut aufzugreifen, kommt von der Vorsitzenden der Lübbenauer Stadtverordnetenversammlung, Monika Blüher (SPD), vom Vorsitzenden des Bauausschusses, Uwe Pielenz (SPD) sowie von der SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Carola Krahl. *(red/ka)*

23.06.2007, Lausitzer Rundschau

Ziel: schrankenfreie Durchfahrt

Erwin Lieke aus Lübbenau schreibt zum Thema Bahnübergänge:

Um eine Bürgerinitiative zu gründen, muss das Ziel vorher klar sein: schrankenfreie Durchfahrt, ähnlich wie in Trebbin. Da die Bahn nicht bereit ist, gleisfreie Straßenbauleistungen für die Stadt zu übernehmen, schlage ich vor, die beiden Bahnübergänge am Nordkopf zu schließen. Dafür muss die Bahn eine Brücke in gleicher Gleishöhe wie jetzt für die Straßenunterführung bauen. Um die Kosten für die Brücke niedrig zu halten, wird das inzwischen zugewachsene und nicht mehr benötigte Anschlussgleis in Richtung Lübben (ehemals Abraham) abgebaut, so dass nur noch zwei Gleise mit einer Weiche für ein Gleis Richtung Senftenberg übrig bleiben.

Die Durchfahrtshöhe unter der Gleisbrücke beträgt 4,5 Meter für alle Fahrzeuge. Der Kreuzungspunkt muss so liegen, dass alle Straßenzuführungen aus allen Richtungen gleich lang sind und ein Gefälle von fünf Prozent einhalten. Der neben dem Stellwerk geplante Kreisverkehr kann um einen Meter gesenkt werden, muss aber waagerecht bleiben. Die noch notwendigen Gefällestrecken können nach hinten verschoben werden. Die Straße des Friedens kann mit dem zulässigen Gefälle tiefer gelegt werden, damit die vorhandene Straßenhöhe 40 bis 80 Zentimeter höher als die anliegenden Grundstücksflächen liegt. Die Kosten müssen aus einem Fördermitteltopf gedeckt werden. Die Zustimmungen für die Studie liegen bereits vom Landesbetrieb Straßenwesen, vom Wasser- und Abwasserzweckverband Calau (WAC) und vom Landkreis OSL vor.

Die Abteilung Straßenverkehr der Kreisverwaltung Oberspreewald-Lausitz schreibt: „Ihr Lösungsansatz mit dem Grundprinzip des Baus einer Straßenunterführung aus verkehrsrechtlicher Sicht stellt eine Variante dar, die der Verkehrssicherheit sowie Flüssigkeit und Leichtigkeit des Verkehrs am ehesten gerecht wird.“

25.06.2007, Lausitzer Rundschau

Thema Bahnübergänge heute in Lübbenau

„Lübbenauer Bahnübergänge – Zukunft verbaut? oder Verkehrslösung mit Zukunft!" – unter diesem Titel steht eine Informationsveranstaltung im Sitzungssaal des Lübbenauer Rathauses heute um 18.30 Uhr. Durch Bürgermeister Helmut Wenzel (parteilos) soll laut Veranstalter über den aktuellen Sachstand Bahnübergänge in der Spreewaldstadt informiert werden. Anschließend ist eine Diskussion über Möglichkeiten und Ziele einer Bürgerinitiative vorgesehen.

25.06.2007, Lausitzer Rundschau

„Moralische Verpflichtung aller"

Bürgerinitiative appelliert an Lübbenauer zur Unterstützung

LÜBBENAU. Die neue Bürgeriniative „Drüber oder Drunter – für Bahnlösungen mit Zukunft" hat einen Appell an alle Lübbenauer gerichtet, die gegenwärtig laufende Unterschriftenaktion zu unterstützen – ein Aufruf „an alle Lübbenauer, denn auch Sie sind betroffen", heißt es in der Mitteilung der Bürgerinitiative.

„Drüber oder Drunter" hofft zudem auf Beteiligung vieler Lübbenauer durch Mitgliedschaft in der Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, eine komplette Schließung des Bahnüberganges in der Straße des Friedens zu verhindern und stattdessen einer Überführung oder vorzugsweise eine Unterführung zu erkämpfen.

In dem Appell an die Lübbenauer Bürgerschaft heißt es dazu: „Ausblicke auf längere Wege und Wartezeiten, auf erhöhte Lärm- und Staubbelastungen, auf ein Lübbenau als Entwicklungszentrum im Stau sollten für jeden Lübbenauer moralische Verpflichtung sein, die Aktion auch im Sinne ihrer Kinder und Enkel zu unterstützen."

Unterschriftenlisten verteilt die Initiative zurzeit im Projektbüro der Lübbenaubrücke, im Spreewiesel-Center, den Geschäftsstellen der WiS und der GWG, im Bürgerbüro der Stadtverwaltung, den Büros der Landtagsabgeordneten Roswitha Schier (CDU) und Werner-Siegwart Schippel (SPD), im Medizinischen Zentrum, der Spreewald-Service-Insel und im Kirchbüro. Unterschriftenlisten lassen sich außerdem auch im Internet unter www.drueber-oder-drunter.de finden. *(pm/ka)*

27.06.2007, Lausitzer Rundschau

Warten vor geschlossener Schranke: ein gewohntes Bild in Lübbenau. Was würde geschehen, wenn der Übergang vollends dicht gemacht würde? Vielen Lübbenauern schwant Schlimmes. Foto: Roland Hottas

Bahnübergänge: Lübbenau will „drüber oder drunter"

Planung einer Bürgerinitiative ruft großes Echo hervor

Der Vorstoß zur Gründung einer Bürgerinitiative gegen die Pläne, den Bahnübergang in der Straße des Friedens zu schließen, hat in Lübbenau sehr große Resonanz gefunden. Im Plenarsaal des Rathauses gingen die Plätze aus. Bürgermeister Helmut Wenzel (parteilos) sagte: „So einen vollen Sitzungssaal habe ich lange nicht mehr gesehen, vielleicht überhaupt noch nie." In zwei Wochen sollen Taten folgen: Dann soll die Bürgerinitiative Wirklichkeit werden.

VON KLAUS ALSCHNER

Die Lübbenauer im voll besetzten Rathaussaal verbargen ihre Stimmungslage nicht: Enttäuschung und Wut angesichts des Gefühls, bei der Neuregelung der Bahnübergänge über den Tisch gezogen zu werden.

Der Hintergrund: Im Zusammenhang mit der Installation des so genannten Elektronischen Stellwerks will die Bahn die Übergänge in Lübbenau neu organisieren. Vorgesehen ist die Schließung des Übergangs in der Straße des Friedens. Der motorisierte Verkehr soll durch die Friedrich-Engels-Straße und einen Kreisverkehr über die Berliner Straße in Richtung Altstadt geleitet werden.

Die Stadtverordneten hatten sich im Dezember 2005 nur schweren Herzens zu einem „Kompromiss" durchgerungen. Bei einer Schließung des Bahnübergangs in der Straße des Friedens sollte wenigstens die Berliner Straße, die dann zusätzlichen Verkehr aufnehmen müsste, komplett ausgebaut werden. Doch diesen Kompromiss sehen die Stadtverordneten 2007 akut in Gefahr. Sie verfassten einen Offenen Brief, in dem sie vor einer „Aushöhlung" des Kompromisses warnten. Wie Bürgermeister Wenzel jetzt vor den versammelten Bürgern sagte, werde offensichtlich aus Kostengründen von der Kompromisslösung Abstand genommen. Wenzel: „Nach unserem Rechtsverständnis sind die anderen vertragsbrüchig, wenn der mühsam erarbeitete Kompromiss nicht eingehalten wird."

Auch die geplante Bürgerinitiative fühlt sich nun nicht mehr daran gebunden, dass allein Lübbenau im Interesse der Bahn jede Kröte schlucken soll. Uwe Pielenz (SPD), Lübbenaus Bauausschussvorsitzender und einer der treibenden Kräfte der Bürgerinitiative, erklärte im Rathaussaal, dass das wichtigste Ziel der neuen Bürgerinitiative die Forderung nach einer so genannten „planfreien" Lösung für den Bahnübergang in der Straße des Friedens sei. In anderen Worten: eine Unterführung oder eine Brücke über die Bahngleise. Unter Beifall sagte Pielenz bei der Versammlung: „Wir fordern das Maximale, sonst bekommen wir gar nichts." Dass eine Unter- oder Überführung der Bahnlinie möglich sei, dafür gebe es in anderen Kommunen genügend Beispiele. Pielenz präsentierte den Zuhörern ein Logo für die neue Initiative, es enthält in dicker Balken-Schrift die Worte „Drüber oder Drunter".

Die bisherigen Pläne der Bahn bedeuteten eine „enorme Verschlechterung für das Zusammenleben der Bürger in unserer Stadt". Die Trennung werde verfestigt. Es sei mit zunehmendem Schleichverkehr durch die Neustadt zu rechnen. Pielenz: „Jetzt ist der Bürger gefragt. Eigentlich kann es niemanden in Lübbenau geben, dem das egal ist."

Monika Blüher (SPD), Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, hatte zuvor den überparteilichen Charakter der Bürgerinitiative unterstrichen. CDU-Stadtverordneter Martin Habermann betonte, dass die Union sich deren Zielstellung anschließen könne. „Die WiS steht voll hinter der Bürgerinitiative – in Verantwortung für unsere 8000 Mieter", erklärte auch Michael Jakobs, Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft im Spreewald mbH (WiS).

ZUM THEMA

Gründung im Juli

Nach der ersten Informationsveranstaltung haben sich bereits viele Interessenten für die Gründung der Bürgerinitiative in vorbereitete Listen eingetragen. Als Termin für die Gründung wurde Montag, 9. Juli, 18.30 Uhr festgesetzt. Dazu wollen sich die Gegner der Bahn-Pläne erneut im Sitzungssaal des Lübbenauer Rathauses treffen.

Zu den Bahnübergängen in Lübbenau

Erwin Lieke äußert sich zum Thema Bahnübergänge in Lübbenau:

Die Stadt ließ sich durch ein unabhängiges Ingenieur-Büro Verkehrsvarianten zu Kreuzungen Straße – Schiene für Lübbenau ausarbeiten. Nach Durchsicht der vier Varianten diskutierte man bei der Stadtverwaltung nur noch darüber, dass ein schienengleicher Bahnübergang geschlossen werden muss. Nur welcher? Zwischen welchen Übeln (Pest oder Cholera) sollte man das Verkehrschaos wie am 3. Mai 2005 bei der Reparatur eines Bahnübergangs wählen? In der Präsentation der Variante zwei, die die Berliner Straße und die Straße des Friedens so tief zusammenführt, dass sie gemeinsam den Gleiskörper unterqueren können, wurde aber sofort geltend gemacht, dass die Güterbahnhofstraße und auch die Karl-Marx-Straße mit dieser Verbindungsstraße nicht verknüpft werden können. Außerdem wurde das Linkseinbiegen aus der Straße des Friedens in Richtung Lübben untersagt. Ohne die Entwicklungsmöglichkeiten der Variante zwei näher zu untersuchen, wurde den Stadtverordneten suggeriert, zwischen dem einen oder dem anderen Gipfel einer negativen Verkehrslösung zu entscheiden. Konnten die Fachämter Tiefbau oder Stadtplanung der Stadt Lübbenau die Variante zwei nicht vorher unter die Lupe nehmen, um eine solche falsche Entscheidung zu vermeiden?

Auch wenn das Landesamt für Straßenwesen wenig Geld hat, sollten die CDU-, einige der PDS- und AWG-Abgeordnete nicht so leichtfertig für die verhängnisvollste Variante der Stadtentwicklung stimmen. Ein schrittweiser Umbau ist immer möglich. Nach genauem Durcharbeiten der Variante 2 werden die Verkehrsprobleme am Nordkopf gelöst. Die Ergebnisse:

1. Beide schienengleichen Bahnübergänge werden geschlossen.
2. Das nicht genutzte und zugewachsene Anschlussgleis wird zurückgebaut.
3. Die beiden Hauptgleise mit einer Weiche zum Gleis für Senftenberg erhalten eine Brücke aus Walzträgern in Beton (zwei Meter), ohne die Höhe der Schienenführung zu ändern. Diese Brückenbauweise ist windsicher. Brückenträger können nicht fallen.
4. Die Straßenunterquerung mit 4,50 Meter Durchfahrtshöhe ist für alle Fahrzeuge zulässig.
5. Ein Kreisverkehr neben dem Stellwerk an der Bahnhofstraße sortiert den Verkehr für alle Richtungen auf der Altstadtseite.
6. Vom Kreisverkehr in Richtung Berliner Straße und Straße des Friedens werden drei Fahrspuren angeordnet. Die mittlere Fahrspur dient dem Linksabbiegen zur Straße des Friedens und zum Plus-Markt. Die Länge der mittleren Fahrspur nimmt die wartenden Fahrzeuge zum Linksabbiegen auf.
7. Die Verbindung zwischen Berliner Straße und Kreisverkehr ist die Hauptstraße (Länge etwa 225 Meter). Nebenstraße ist der Abschnitt von der Straße des Friedens bis zum Beginn der Brückenunterquerung (etwa 95 Meter).
8. Die maximal zulässige Geschwindigkeit in diesem Verkehrsbereich beträgt 30 km/h.
9. An beiden Straßenseiten werden 4,50 Meter breite Flächen für Fußgänger, Rollstuhl- und Radfahrer geführt. Das größte Gefälle liegt bei 7,14 Prozent, das aber immer noch bei geschickten Anschlussübergängen auf sechs Prozent gedrückt werden kann.
10. Schützenhaus und Plusmarkt mit etwas reduziertem Parkplatz bleiben erhalten. Hierzu wurde von mir eine Studie erarbeitet.